



Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Кирочная, № 25, Lokal des 3.-K.-8.
Sprechstunden von 6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends.

Mittwoch—Sonnabend.

Bezugspreis: 9 Rbl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 2-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 15.

Tiflis, den 11. April. (24. April.) 1918.

10. Jahrgang.

Transkaukasien— ein selbständiger Staat!!

Endlich ist geschehen, was schon längst hätte geschehen sollen:
Am 9. April hat der Landtag Transkaukasien selbst-
ständig erklärt!

Über Abshatubul und Sschuchum, über Abas-Tuman und Batum
stürzen grimme Feinde über unser Land her. Sie drohen, es in
Stücke zu zerreißen. Und wenn bisher ein Teil unsrer Mitbürger
sich nach Norden sehnte, und wenn ein anderer Teil seine Blicke nach
Konstantinopel gewendet hatte, so haben jetzt beide Teile eines Kör-
pers sich zusammengeschlossen, um weder nach Norden, noch nach
Süden zu gehen: selbständig ist Transkaukasien!

Auch frei?

Leider drängt sich in der Stunde des Julebs diese Frage auf...
Drängt sich auf und verbittert die Freude: Transkaukasien ist nicht frei!
Sschuchum—Batum—Baku.

Ja, spät kommt der Beschluß des Landtags. „Gewitterwolken“
verschleiern die warme südliche Frühlingssonne Transkaukasiens; „An
einem Häuschen“ hang und — leider! — hängt sein Schicksal; „Der
Bogen war überspannt“... Seit dem 31. März aber, seit der „Wieder-
aufnahme“ der Kriegsoperationen, geht's bergab, — bergab über
Hals und Kopf, über Stolz und Ercin!

— in den Abgrund?

Wollen hoffen — nicht. Wenn der Beschluß des Landtags
auch spät kommt, so hoffentlich wenigstens nicht allzu spät.
Wir wollen hoffen, daß unsrer unten, am Fuße des Berges, kein
botenloser Abgrund, sondern eine Ebene regen Fortschritts und frei-
lichen Gedeihens wartet.

Diesem Ziele all' unsre Kräfte!

Meinungsäußerungen vor der Selbständigkeitserklärung.

Obwohl die Friedensverhandlungen eingestellt und die Kriegs-
operationen wieder aufgenommen waren, oder vielmehr — weil dies
der Fall war, hörte kein einziger Bürger Transkaukasiens, dem
Wohl und Wehe seines Landes am Herzen liegt, auf, über die ä-
ußere Gestalt Transkaukasiens nachzudenken. Ein flüchtiger Blick
in die Tifliser Tagesblätter zeigt, daß der Zusammenstoß zweier
Weltströmungen, von dem wir in Nr. 11 unsres Blattes sprachen,
kein aus der Luft gegriffenes Phantasiegebilde, sondern reelle Wirk-
lichkeit ist, und daß die Weltströmung, die wir als englisch-russisch
(volschewistich)-armenische bezeichneten, in diesem Zusammenstoß un-
terliegen muß.

Unser Standpunkt ist in den Nrn. 11, 13 und 14 klargelegt.
Lassen wir jetzt die für bestimmte Kreise tonangebenden Tifliser
Tagesblätter reden.

Die „Vorjba“, die russische Schwester der „Grioba“, schlug
bekanntlich nach dem Beschluß vom 31. März einen sehr kriegeri-
sche Ton an. Nach Ankunft der Friedensdelegation, die als ent-
scheidener Gegner des Beschlusses über den Abbruch der Friedensver-
handlungen und über die Wiederaufnahme der Kriegsoperationen
auftrat, stellte sie jedoch schon die Frage: „Sollen wir wohl die Be-
weisgründe der Friedensdelegation unbeachtet lassen?“ und antwortete
im weiteren, etwas unbestimmt allerdings: „Überflüssiges Blutver-
gießen wird der Landtag nicht zulassen, alle Wege zur Vermin-
derung der Zahl der Opfer müssen ausgenutzt werden“. (Nr. vom
5. April) Was das für „Alle Wege“ sind, hat uns die „Vorjba“
bis jetzt vorenthalten. Vorläufig fährt sie fort, die „türkisch-germa-
nische“ Orientation zu bekämpfen.

Die russisch-armenische sozialrevolutionäre „Snamja Truda“,
deren Nummer vom 6. April sehr ungehalten ist, weil die
Friedensdelegation unter dem „ausschließlichen Eindruck des
Reizes von Kauf-Wei“ zurückgekehrt sei, bekämpft in ihrer Nummer
vom 7. April alle Sucher eines „Fensters nach Europa“ und ver-
langt die Herstellung einer einig-demokratischen Front, um angeblich
nicht die „Towarischtschi“ aus dem „Mussawat“ als Herren aner-
kennen zu müssen. Mit andern Worten: die „En. Tr.“ predigt Un-
terwerfung den Bolschewiki gegenüber.

Die „Jhwestija“: „Ohne Rußland und außerhalb Rußlands
ist keine Rettung für uns. Entweder wir werden siegen zusammen
mit dem revolutionären Rußland, oder wir gehen unter mit ihm.
Es lebe die russländische Demokratie! Es... и прочая, и прочая
и прочая, и — — и.“

Das Organ der Kadetten, die „Narodnaja Swoboda“: „Sie-
gen oder sterben!“ — für Rußland.

Die „Respublika“ vom 7. April: „Bei der gegenwärtigen
politischen Kombination (Wechselbeziehung) kann nur die Idee
der Selbständigkeit das Land von den Schrecken eines äußeren und
inneren Krieges bewahren. Nur die Regierung eines selbständigen
Transkaukasiens ist in der Lage, die Friedensverhandlungen wieder
aufzunehmen. Diesmal aber schon mit dem ganzen Vierbund. Die
reelle Interessiertheit einzelner Staaten Mitteleuropas an unsrer
Freiheit und Selbständigkeit und das Fehlen politischer Ausichten
Deutschlands auf unser Land müssen als genügende Garantie für
den endgültigen Erfolg der Friedensverhandlungen auf der Grund-
lage der Anerkennung der Selbständigkeit Transkaukasiens und der
Befriedigung seiner wichtigsten Interessen dienen“. ...„Die bewaffne-
ten Kräfte der transkaukasischen Demokratie sind keine senegalischen oder
schwarzen Kolonialtruppen, deren Pflicht es wäre, ihr Blut zu ver-
gießen für fremde Interessen.“

Die „Bosrohdjenije“ vom 7. April: „In Trapezond sprach man
von einem möglichen Durchmarsch deutscher Truppen durch Transkauka-
sien.“ ...„Das deutsche Oberkommando überträgt den Kampf nach Bag-
dad und Indien“... „und Transkaukasien wird zum Kampfplatz zweier

Giganten, zum Kampfplatz, der bei diesem Kampfe sogar dann nicht wenig leiden wird, wenn wir neutral bleiben.“... „Wir sind nicht garantiert gegen eine, wenn auch nur zeitweilige Besetzung unsres Landes durch das Militär der Zentralmächte. Ob diese Besetzung, wie in der Ukraina, für uns freundlich oder (wenn wir Rußlands Interessen vertreten) feindlich sein wird, hängt von der Haltung und der Orientierung unsrer Regierung ab.“

In der Nr. vom 8. April schreibt dieselbe Zeitung: „Bei uns darf es keine russische, keine transkaukasische, keine türkische, keine germanische, keine englische Orientierung geben, sondern nur eine, — die grusinische... Das politisch selbständige Grusien muß hergestellt werden.“

„Mit der Türkei, d. h. mit den Zentralmächten muß sofort Frieden geschlossen werden.“

... „Grusien muß als selbständiger Staat mit dem Vande der Zentralmächte einen Verteidigungsvertrag schließen“... „Wir waren schon zu Anfang des Krieges überzeugt darin, worin sich jetzt auch Blinde überzeugen müssen, — daß in diesem unerhörten Völkerkampf das germanische Volk als Sieger hervorgeht.“

Mit solchen Bundesgenossen kann man einen kühnen Schritt wagen, ohne weiterhin die Gefahr von Norden zu fürchten.

Mit solchen Bundesgenossen kann man seine Freiheit aufrecht erhalten, denn Deutschland siegt nicht allein mit der Waffe, sondern auch mit dem Verstand.“

... „In ihren eigenen Interessen werden Deutschland und die Türkei sich deshalb bestreben, zwischen Rußland und der Türkei in der Form eines autonomen Kurdistan, eines freien christlichen Grusien, eines freien Bundes der Bergvölker bis zur Mündung des Terek und in der Form einer Reserve aus dem 4 Millionen muslimannischer Bevölkerung zählenden Aderbeidschan“ eine Scheidewand zu bilden.

Die grusinische „Sakartwelo“ gibt folgende Worte Gegeckhoris wieder: „Ihr (die Nationaldemokraten) verspricht, daß die Türkei im schlimmsten Falle die Autonomie Grusiens in seinen historischen Grenzen anerkennen wird. Wenn dem so ist, so erkläre ich euch, daß wir nichts dagegen haben. Nehmt ihr die Sache in eure Hände.“

Inwieweit diese Mitteilung der Wirklichkeit entspricht, wissen wir nicht, aber Fischenkeli und Fischeidse suchen im Gegensatz zu Ehortanija und Zereteli Mittel und Wege, um Transkaukasien aus dem Neg der englisch-russischen Koalition zu befreien, und die Tatsache der Selbständigkeitsklärung Transkaukasien beweist, daß auch das armenische Volk nicht mehr mit der englisch-russischen Stimmung mitmachen möchte.

Mit wem?

Als die „K. P.“ erschien, hatten wir bereits einen bestimmten politischen Weg zurückgelegt. Unsr politische Freunde waren schon gewählt; wir hatten eine bestimmte Organisation, die denn auch die „K. P.“ ins Leben rief. Nun ist es aber am Plage, einen kleinen Rückblick zu tun und sich die Frage zu stellen, ob wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Schriftlich läßt sich das immer gründlicher untersuchen und beantworten als mündlich, wie es bisher geschehen mußte. Außerdem könnten wir früher oder später aufs neue vor die Frage gestellt werden: sollten wir politisch nicht selbständig vorgehen, und wenn nicht, — mit wem gehen wir jetzt? Alsdann wird gute Bekanntschaft mit der schon durchschrittenen Bahn unumgängliche Vorbedingung einer richtigen und rechtzeitigen Entscheidung sein. —

Die politische Stellung jedes Volkes wird von zwei Faktoren bestimmt: von seinen kultur-nationalen und seinen wirtschaftlichen Interessen.

Weisen diese zwei Faktoren dem Volk einen Weg, so ist die Wahl im vornherein bestimmt; ist aber das Gegenteil der Fall, so schwankt das Volk zwischen beiden angewiesenen Wegen, seine Richtlinie wird zickzackförmig; es entstehen Widersprüche, verschiedene Strömungen, — je nachdem, welcher Faktor im gegebenen Augenblick die Übermacht erringt.

Der zweite Fall trifft bei den Deutschen Rußlands zu, und eine einstimige Antwort auf die Frage: mit wem gehen in politischen Sachen? — ist deshalb nicht zu erwarten.

Doch ein politisch lebensfähiges Volk muß sich auf ein gewisses Minimum einigen können; ebenso auch jeder Volksteil, einerlei ob durch territoriale oder soziale Grenzen vom übrigen Körper abgetrennt.

Als eine solche Meinung kann bei den russländischen Deutschen die Formel „links von den Kadetten“ angesehen werden: sie war die Grundlage aller deutschen Kongresse.

Das hat seine guten Gründe und verdient, sowie auch die deutschen Kongresse selbst, eine nähere Betrachtung. Die Selbständigkeitsklärung Transkaukasien veranlaßt uns jedoch den Rahmen der Frage zu schmälern und sie nur betreffs der transkaukasischen Deutschen zu behandeln.

Es war am 28. Mai 1917, als die erste transkaukasische deutsche Delegiertenversammlung auf den Vorschlag des Herrn Agronomen E. Knauer (damals Soldat) folgenden Beschluß faßte: der Verband muß sich einer von den Kadetten links stehenden Partei anschließen.

Entsprach nun dieser Beschluß unsern nationalen und wirtschaftlichen Interessen?

Den ersten unbedingt.

Wir können nicht mit einer Partei gehen, die den Krieg ausgenutzt hat, um in ihrer Presse die russländischen Deutschen zur Zielscheibe ihrer Heize zu machen, mit einer Partei, die mit ganz vereinzelten Ausnahmen niemals die Ehrlichkeit und den Mut gehabt hat, gegen die Vererbung deutscher Kolonisten durch die zarische Regierung Protest zu erheben, mit einer Partei, deren bestes Organ (Rusfija Wjedomosti) zurzeit des empörenden Moskauer Pogroms, bei dem eine große Anzahl von Deutschen auf die grausamste Weise ermordet wurde, für diese Opfer kein Wort des Mitleides fand, sondern den Ausbruch der Wildheit nur deshalb bedauerte, weil dabei „für Rußland so nötige Waren“ für viele Millionen zerstört worden waren.

Die Kadetten haben ja die bekannte Stimmung hervorgerufen, nach der großmütigerweise ein „Schwob“ für's Museum hätte am Leben bleiben dürfen! Die kadettischen Blätter waren es ja, die dem Krieg zwischen Staaten das Gepräge eines Krieges zwischen Nationen verliehen! Und die Kadetten waren und sind die erobersüchtigste Partei Rußlands, die Partei, die Rußland um der Dardanellen und Byzanz willen immer wieder in internationale Konflikte zu ziehen versuchen wird.

Es ist klar, einer solchen Partei konnten wir uns nicht anschließen. Wir mußten uns somit zur Formel „links von den Kadetten“ bekennen, da ja die eng-nationalen Gruppen überhaupt nicht in Erwägung kommen konnten.

Was nun die andre Seite unsrer Frage betrifft, die wirtschaftliche, so spricht sie zum Teil gegen die anerkannte Formel. Doch, wie gesagt, bloß zum Teil, denn nur die verschwäbende Minderheit unsrer Kreise ist interessiert an der Durchführung des kadettischen oder gar des oktobristischen Programms, und umso leichter war es uns, dem Fingerzeig des ersten erwähnten Faktors, der kultur-nationalen Interessen, Folge zu leisten.

Wir stellten uns also links von den Kadetten. Doch konnten wir unterwegs nicht stehen bleiben. Wir gingen nach und nach weiter

auf der beschrittenen Bahn und gelangten endlich zum Höhepunkt unserer politischen Einigung: Die Delegiertenversammlung, die im Spätsommer in Helenendorf stattfand, beschloß, bei den Wahlen in die verfassunggebende Versammlung mit der Partei der Sozialdemokraten „Menschewiki“ zu gehen, während ähnliches bezüglich der Wahlen in die Tifliser Stadtduma schon früher von den Tifliser deutschen Gemeinde bestimmt worden war. (Auf der betreffenden Versammlung im Saale des „Apollo“ hielt R. Kamischwili, der jetzige Minister des Innern, eine Ansprache.)

Was führte uns nun zu den Sozialdemokraten „Menschewiki“?

Wir können diese Frage ohne weiteres stellen, denn die Frage, ob wir in politischen Sachen nicht hätten selbständig vorgehen können, fällt als Urding von vorneherein weg.

Also was hat die transkaukasische Deutschen zu den Sozialdemokraten („Menschewiki“) geführt?

„Rück von den Kadetten“ wollten und mußten wir stehen.

Was trafen wir aber da?

Als erste Nachbarn begegneten uns die Volkssozialisten — eine sonst angenehme Kabinetts-Partei, jedoch ohne Vergangenheit und Zukunft. (Die Drossiten konnten lange nicht die Wahl treffen zwischen Kadetten, Volkssozialisten und selbständigem Vorgehen). Weiter stiegen wir auf den linken Flügel des Sozialradikalismus in Rußland, auf die Strömung „Narodnikhestwo“ — auf die Sozialrevolutionäre.

Dem russischen Boden entwachsen, ist und bleibt diese Strömung vorderhand nicht nur dem deutschen, sondern dem gesamten westeuropäischen Wesen fremd. Nur einzelne Personen aus diesen Kreisen können sich gegenwärtig von den Idealen des Es-Grismus hinreißen lassen. Wenn man nun noch erwägt, daß den großrussischen Sozialrevolutionären Transkaukasien schon längst und mit immer mehr Nachdruck und nicht ohne Grund nationalistische Färbung nachgeredet wird, so wird man verstehen, daß auch sie nicht den nationalen Interessen und Empfinden der kaukasischen Deutschen entsprechen konnten.

Die Bolschewiki konnten natürlich auch nicht in Betracht kommen: zu sehr und einer zu großen Masse unserer Kreise widerspricht ihr „Wirtschaften“ auf wirtschaftlichem Gebiete.

Keiner dieser Schatten fällt auf die Partei der Sozialdemokraten „Menschewiki“. Im Gegenteil: 1) An der Spitze des öffentlichen Lebens stehend, hat sie dieses jederzeit beeinflusst; 2) als internationale Partei, ihrer Entstehung und ihrem Wesen nach, entspricht sie, wie keine andre, den Anlagen verschiedener Nationen und ist, wie keine andre, imstande, die arbeitenden Volksschichten verschiedener Nationalität zu vereinigen.

Und das ist der große Weltgedanke, den gerade wir deutschen Kolonisten unterfügen müssen, — nicht nur als arbeitende Masse, sondern auch als „Fremdplämmige“, wie man sich damals ausdrückte, als die Sozialisten noch in Sibirien in der Verbannung saßen: Durch engen Zusammenschluß aller Arbeitenden die nationalen Gegensätze überbrücken!

Wenn jemand diese Idee als Utopie (Traumgebilde) bezeichnet, so möge ihm gesagt sein, daß es dann aber auch dahin ist um seine weitere Existenz in einem „fremden“ Lande (nach der Terminologie der Nichtsozialisten).

Was die wirtschaftlichen Interessen betrifft, so zeigt die Broschüre des bekannten Spezialisten in der Landfrage Petar Maslow: „Was machen mit dem Lande?“ (Verlag des „Kolonisten“) zur Genüge, daß die deutschen Kolonisten, als arbeitendes Volk, mit wenigen Ausnahmen jedenfalls nicht Schaden erleiden könnten durch das Streben der Sozialdemokraten auf dem wirtschaftlichen

Gebiet. (Vergl. auch die Broschüre des berühmten Sozialdemokraten Deutschlands—Karl Kautskij's: „Die Landfrage in Rußland“). Das vom transkaukasischen Landtag ausgearbeitete neue Landgesetz, als Produkt einer bestimmten politischen Lage und bestimmter Beziehungen zwischen einzelnen Parteien, kann nicht als ein das Streben der „Menschewiki“ kennzeichnendes Dokument in Betracht gezogen werden, obwohl, nebenbei gesagt, noch unentschieden bleibt, ob dieses Gesetz dem größeren Teil unserer Kolonisten nutzen oder schaden wird.

Stellen wir uns vor, wir hätten mit irgend einer andern Partei blockiert. Hätten wir alsdann in der Organisation unserer nationalen Sache und des Selbstschutzes etwa nur den zehnten Teil dessen erreicht, was wir jetzt erreicht haben?

Stellen wir uns vor, wir wären bei den Wahlen selbständig vorgegangen, — was hätten wir dann?

Nein, es bleibt dabei: wir transkaukasische Deutschen haben gut getan, als wir mit jener Partei gingen, der wir nahe stehen, als arbeitendes Volk, und die uns nahe steht durch ihren Internationalismus.

Was die Zukunft bringt, werden wir sehen; es ist nicht ausgeschlossen, daß unter andern Verhältnissen, als den bisherigen, unsere Interessen mit dem Streben einer andern oder auch gar keiner Partei sich decken werden. Dann würden wir von neuem Umschau halten und von neuem die Frage stellen: Selbständig? und wenn nicht: Mit wem gehen?

Aber ist es nicht zu egoistisch, nicht zu materialistisch, gerade vom Standpunkt seiner kultur-nationalen und wirtschaftlichen Interessen politische Strömungen wertzuschätzen? So wird und kann man fragen. Doch kaum wird hier Gelegenheit sein, auf weitere mit obigem verknüpfte Fragen einzugehen. Umso mehr da wir die Beweegründe, die ein Volk einen bestimmten politischen Weg führten, ergündet und von seiten ihrer Triftigkeit prüfen wollten; Massebewegungen werden aber bekanntlich von Interessen hervorgerufen und wiederum vom Standpunkt der Interessen gebilligt oder nicht.

Deshalb dürfte mit obigem unsere bisherige politische Richtlinie als allseitig geprüft und als richtig begründet anzusehen sein.

L. R.

Rußland.

Im deutschen Reichstag sprach sich Scheidemann, der Führer der sozialdemokratischen Mehrheit, über den Gang der Weltereignisse folgendermaßen aus: das Ultimatum, in dem die deutsche Regierung die Unterschrift Trotzki's für den Friedensvertrag verlangt hat, ist der fünfte Akt der russischen Tragödie. Die Politik der deutschen Regierung in bezug auf Rußland ist nicht unsere Politik. Wenn aber nicht unsere politischen Bestrebungen gesiegt haben, wenn, unsern Ratschlägen zuwider, die deutsche Regierung einen für das deutsche Volk in der Zukunft gefährlichen Weg beschritten hat, so fällt ein großer Teil der Schuld hierfür auf die russischen Bolschewiki, die Rußland entwaffnet haben. Wenn sie nun von uns verlangen, durch eine Revolution das Unglück wieder gutzumachen, so ist das eine übermäßige Forderung, da wir uns noch mit dem Westen auf dem Kriegsfuß befinden.

Übrigens haben sich die bolschewistischen Rezepte viel zu wenig bewährt, um sie in Deutschland oder überhaupt in Westeuropa durchzuführen. Wir bedauern, den Zerförderungsprozeß nicht aufhalten zu können; aber wir wollen nicht die Macht an uns reißen bei Verhältnissen, die uns zwingen, einen Frieden mit den Mächten des Verbandes zu schließen, wie ihn Lenin und Trotzki mit den Mächten des Bundes geschlossen haben.

Ähnlich spricht sich der „Vorwärts“ aus, der seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Rußland durch den Friedensvertrag nicht nur als gegenwärtiger Feind, sondern auch als zukünftiger Freund geschlagen sei. „Es ist schrecklich“, ruft der „Vorwärts“ aus, „daß wir im 20. Jahrhundert eine endlose Zahl von Nationalkriegen vor uns sehen!“

◆ In 1800 Friedhöfen der 10 polnischen Gouvernements sind nach Berechnungen der polnischen Presse an 580 000 Soldaten, Opfer des gegenwärtigen Krieges, begraben.

◆ Ins neugebildete Ministerkabinett der Ukraina ist auch der aggressive Nationalist Scheluchin eingetreten. Scheluchin ist in Kolonistenkreisen Südrußlands sehr gut bekannt durch seine Hetschkriften gegen alles Deutsche. Diese erregten im Laufe des Krieges allgemeines Aufsehen, so daß der Maitongreß der jüdrussischen Kolonisten sich veranlaßt fühlte, gegen Scheluchin Stellung zu nehmen. Wie ein Mann solcher ausgesprochen deutschfeindlicher und eng-ukrainischer Weltanschauung zum Minister ernannt werden konnte, ist völlig unklar.

◆ Die ukrainische rechtgläubige Kirche hat sich, ähnlich der grusinischen, für selbständig erklärt.

◆ Die englische Zeitung „Daily Chronicle“ ist der Meinung, daß England und Deutschland in nächster Zukunft in der kaukasisch-persischen Richtung zusammenstoßen werden. Im 7. Punkt des rumänisch-deutschen Friedensvertrags hat sich Rumänien bekanntlich dazu verpflichtet, den Zentralmächten sein Territorium und seine Eisenbahnen für die Überführung von Truppen zur Verfügung zu stellen. Die Zeitung erblickt hierin die Absicht Deutschlands, sich nicht nur ein zweites Helgoland—an der Donaumündung—zu schaffen, sondern auch die Möglichkeit, auf kürzestem Wege Militär nach dem asiatischen Kriegsschauplatz zu befördern. In Berlin soll, nach derselben Meldung, kürzlich unter dem Vorſiße Kaiser Wilhelms eine Sitzung des obersten Kriegsrats stattgehabt haben, worauf Transkaukasien, unabhängig davon, ob es von der Türkei werke besetzt werden, oder ob mit ihm nach dem Prinzip der Selbstbestimmung ein Frieden geschlossen werde, als Vermittlungspunkt zwischen den Zentralmächten und dem asiatischen Kriegsschauplatz in Frage gekommen sein soll.

Mit einem Schlage gegen Indien (über Baku) und gegen Bagdad will Deutschland nach Meinung der „D. Chr.“ seinem lange gehegten Wunsch nachkommen und England den Todesstoß versetzen, was leider durch die inneren Zwistigkeiten in Persien und im Kaukasus erleichtert werde. Die Mächte des Bivverbandes müßten ihre asiatische Kriegspolitik durchsehen und den deutschen Bestrebungen zuwider fortrigieren.

Inland.

Am 1. Mai wird in Transkaukasien der neue Stil eingeführt. In Rußland ist dies bekanntlich schon vor Monaten geschehen.

◆ Der Landtag hat auf seiner Sitzung vom 9. April die Selbständigkeit Transkaukasien erklärt. Gegen die Selbständigkeits-erklärung sprachen die Kadetten und die russischen und armenischen Sozialrevolutionäre. In der Fraktion der Soz.-Dem. war der Vorsitzende der Friedenstelegation A. J. Tschchenkeli der eifrigste Verteidiger der Selbständigkeit, während Zereteli, Schordanija, Gegetschkori u. a. den entgegengesetzten Standpunkt vertraten. Als die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion, sowie auch die Dschakazakaner sich auf die Seite Tschchenkeli stellten, war die Frage entschieden, da die Mussawatisten, Nationaldemokraten, Föderalisten und die grusinischen Soz.-Rev. sich schon früher für die Selbständigkeits-erklärung ausgesprochen hatten.

Das Kabinett Gegetschkori's mußte infolge dieser Lage der Dinge zurücktreten. Mit der Zusammenstellung eines neuen Kabinetts hat der Landtag den Minister des Außern A. J. Tschchenkeli beauftragt.

◆ Am 6. April wurden Abas-Zumann und der Berggrüden Sekar von örtlichen Tataren und einigen türkischen Truppen besetzt. Man vermutet, daß die Türken sich bestreben werden, durch Einnahme der Station Michailowo den Westtranskaukasus von seinem Osten und vom Zentrum zu trennen.

Bei Abshikabul, unweit von Baku, fand am 7. April ein heißes Gefecht zwischen Tataren und bolschewistischen Schelons statt. Nach einer Meldung sind die Tataren geschlagen, nach einer andern—die Bolschewiki.

Letztere, welche in Baku ihre Basis haben, streben bekanntlich danach, sich auch Tiflis' zu bemächtigen. An der Spitze der muselmännischen Truppen stehen Magalow und Maschamedow. Der russische Nationalrat hat gegenwärtig die Offiziere russischer Nationalität, welche in den muselmännischen Truppenteilen Dienst genommen hatten (hauptsächlich in der sog. „wilden Division“), abberufen.

Die Türken haben Dsurgety eingenommen

Achalzch soll ebenfalls von Muselmännern umringt sein.

Nach einer neueren Meldung haben die Bolschewiki bei Abshikabul gesiegt und dringen gegen Tiflis vor. Gegenwärtig haben sie die Station „Gwladji“ umringt. Man erwartet, daß sie bei Elisabetsopol auf Widerstand stoßen werden.

◆ Nach Berechnung der „Wassj Naroda“ haben die Bolschewiki während ihrer Herrschaft im Lande an Kontributionen schon ca 841 Millionen Rbl. erhoben.

◆ In Tiflis und in seiner Umgegend gelangen große Massen von Flüchtlinge an. Im grusinischen Klub zu Tiflis sind 400 Personen untergebracht. Aus dem Karser Gebiet erwartet man 30 000 Griechen. Besonders schwer ist die Lage der armenischen Flüchtlinge; nach dem Osttranskaukasus können sie nicht wegen ihrer schlechten Beziehungen zu den Muselmännern, nach Westen kann niemand, weil dort die Flüchtlinge aus dem Batumer Rayon alles überfallen, und in den Nordkaukasus werden überhaupt keine Transkaukasier gelassen. Wenn man dazu noch die Not an Lebensmitteln erwägt (für ein Pud Mehl wird schon 150 Rbl. gezahlt), so kann man sich eine kleine Vorstellung machen von den Dingen, die noch kommen können.

◆ In Eßlad ist nach bolschewistischen Meldungen der Prozeß der Gemanisierung in vollem Gange. Alle verantwortungsvollen Posten der Stadtverwaltung von Reval sollen Deutsche inne haben, die russischen Professoren der Dorpater Universität sollen durch deutsche ersetzt sein, als Staatssprache gelte die deutsche Sprache usw.

Bestellungen auf die „K. P.“ werden jederzeit entgegengenommen. Das Abonnement wird vom 15. jeden Monats an gerechnet (vom 1. nach dem neuen Stil).

Die Geschäftsstelle der „Kauf. Post“ bittet jene Kolonien, die über einzeln verkaufte Arn. der Ztg. oder über Bestellungen auf die Ztg. noch keine Abrechnung vorgestellt haben, dies sofort zu tun. Übriggebliebene Arn. möge man zurückschicken.

Herausgeber: Das J.-K. des transkauk. deutschen Verbandes

Redakteur: E. Rotheder.

Student des Rigaer Polytechnikums wünscht
irgend
eine Beschäftigung zu haben. Offerten erb. an die „Kaukasi-
sche Post“. „Karl Hofrichter“. 1—1